

Intellektueller Weg zur „Systemerkenntnis“? Zur Methodologie der Krisenanalyse

Ein Diskussionsbeitrag

Zur „System“-Problematik

Die Mehrheit der „einfachen Bürger“ wendet sich immer deutlicher vom Versuch ab, die Rätsel der modernen Geld-, Kredit- und Finanzwirtschaft zu begreifen und überlässt resigniert der Politik das weitere Geschehen auf den Finanzmärkten und bei der 'Euro-Rettung'. Dem „einfachen Bürger“ scheint dies *insgesamt* zu schlecht durchschaubar, und er bleibt damit jenseits des „einfachen“ Sichthorizonts. Es sind leider die bildungsseitigen Vorbedingungen für eine Überwindung dieses Zustands miserabel, wie ein kritischer Zeitgenosse treffend kommentierte:

„Auf kaum einem anderen Gebiet ist die allgemeine Bildung derart gering wie auf ökonomischen Gebiet. Nirgendwo gibt es mehr Vorurteile, Einfältigkeit und Nichtwissen wie gerade hier.... Es scheint nicht übertrieben, in Deutschland von einem *ökonomischen Analphabetismus* zu sprechen.“ (Ulrich Busch, in: „Das Blättchen“, Nr. 25 vom 10.12.2012)

Die meisten Politiker jedoch folgen den offensichtlich interessierten Wirtschaftsexperten oder Lobbyisten, die von der Finanzindustrie enorm profitieren oder direkt von ihr engagiert sind. Kaum dringt an die Öffentlichkeit, ob bzw. dass nur ein kleiner Teil der Bürger aus den zahlreichen Experten-Veröffentlichungen schöpft, die das deutsche Verlagswesen und die etablierten Forscher seit Jahren auf den Markt gebracht haben. (--> Literaturliste – Anlage). Der Nutzen der Fernseh-Talkrunden für eine tiefere Erkenntnis der Krisenprobleme lässt zu wünschen übrig, Argumente drehen sich oft im Kreise von Wiederholungen und scheinen im Grunde meist eher enttäuschend bzw. verzichtbar.

Zur Rolle von Mainstream-Autoren und „Außenseitern“

Um diesem Umstand abzuwehren, sind schon zahlreiche Initiativen von „geistigen Wachrüttlern“ gestartet worden, das resignierte öffentliche und private Bewusstsein zu beleben und zu mobilisieren – ohne durchgreifenden Erfolg bislang, zur „Zufriedenheit“ der steuernden Mainstream-Ideologen der Wirtschaftslobby. Dazu trägt der „betäubende“ Einfluss der Medien, der hektische Wechsel ihrer Themen und Sensationsmeldungen, die unkritische oder einseitige Berichterstattung und die häufige Mischung von Nachrichten mit Kommentaren immer häufiger bei. Es ist für den „einfachen Bürger“ schwer, sich hiergegen erfolgreich zu wehren, von einer kritischen einflussreichen Mehrheitsbildung als einer Art von Gegen-Öffentlichkeit ganz zu schweigen.

Rasch wurde auch im öffentlichen Bewusstsein verdrängt, dass der erbitterte Streit der universitären Lehr-Ökonomen um die Durchsetzung ihrer divergenten Meinungen das „Vertrauen in die Ökonomie als Wissenschaft“ erschüttern musste. /¹/

Der Nutzen der Literatur ist fragil

Die angehängte Literaturliste belegt aber auch: Wer sich eine qualifizierte Meinung über unser komplexes Krisen-Thema bilden will, muss einen enormen geistigen Aufwand betreiben, ohne *garantiert* zu einem endgültigen Erkenntnisstand zu gelangen – es droht bei dieser persönlichen Suche von „einfachen Bürgern“.die Gefahr eines „Crash“ der Thesen und Argumente, die sich widersprechen, Viele können dann „den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen“ – um total zu resignieren. Manche subjektiven „Wahrheiten“ mögen diesen dann als „Teilwahrheiten“ nach gängigen Paradigmen erscheinen, die anscheinend in unlösbar Widersprüche zueinander stehen.

Wie wäre diesem unterstellten „mehrheitlichen Dilemma“ der persönlichen Erkenntnisvermögen noch zu entrinnen?

Gibt es einen zu vermittelnden „Ausweg“?

Es scheint sinnlos oder vermessen, hier die *vollständige* Quintessenz der ausgewählten Literaturangaben zu versuchen. Aber eine stark reduzierte Verdeutlichung einiger typischer Struktur-Argumente könnte zweckmäßig sein, die zur Grundorientierung dienen mag. Diese wäre vielleicht ein Zugang zu weiterführenden, eigenen und tiefergehenden Bewertungen für alle Unentwegten bei der „Systemerkenntnis“ des EWU- Krisenproblems.

Es ist zunächst kritisch zu hinterfragen, ob die Wirtschaft überhaupt als System zu begreifen ist, wie *Alexander Dill* es formulierte. Scharfsinnig unterschied er zwischen einem geordneten System des Verkehrswesens mit *übergeordnetem Regelsystem* sowie einer marktchaotischen Wirtschaft mit *steuernden egoistischen Profitinteressen*: Es sei längst erkennbar, „was die Volkswirte immer noch leugnen: Dass Wirtschaft kein System ist und es deshalb auch keine Regeln gibt, an die wir uns halten können.“ /²/

Damit verteidige ich nicht jene Autoren, die in straffer Vereinfachung des komplexen Sachverhalts unentwegt suggerieren: alles ist ja ganz einfach zu begreifen, wenn man nur auf makroökonomischen Grundzusammenhänge verweist und – davon ausgehend – weiter logische Schlüsse zieht. Dieser Sichtweise ist m. E. kaum Erfolg beschieden. Dieses „geradlinige“ Bestreben zieht sich jedoch durch die Ansichten mancher Autoren der im Anhang nachgewiesenen Literatur, die die *Dynamik* der Zukunftsfaktoren ignorieren oder nicht durchschauen und oft linearisierten Prognosen folgen.

Das offizielle Getöse um den angeblichen „Vertrauensverlust der Märkte“ in die Politik

1 Vergl. hierzu auch: *Karl Mai*, „Anmerkungen zur Euro-Krise“, in: www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m2412.pdf

2 Dill, Alexander, „Der große Raubzug“, S. 180

verdeckt immer wieder die tatsächliche Wirksamkeit der wachsenden *monopolistischen Marktvermachtung* im Interesse der Finanzoligarchie, die länderübergreifend agiert.

Dazu kommt, dass das Wechselspiel der globalen Mächtegruppierungen immer wieder neue Konstellationen für Reaktionen und Strategien auf den großregionalen Wirtschaftszonen des Globus hervorrufen muss, die längerfristig den erkennbaren jeweiligen Eigen-Trend dynamisieren, relativieren und ins Nebelhafte rücken.

Divergenz contra Konvergenz der EWU-Länder

Am Anfang der EWU bestand die Erwartung der Initiatoren, dass die angeschlossenen Länder durch eine zielgerichtete *β-Konvergenz* ihrer Wirtschaftsleistungen zu einer „Wirtschaftsunion“ gelangen würden. „Streben Regionen oder Länder alle in Richtung eines identischen Wohlstandsniveaus, von wo aus sich für alle ein identischer Wachstumspfad ergibt, so spricht man von absoluter oder unbedingter *β-Konvergenz*. Dieses Konzept erfordert, dass die Regionen, deren reales Pro-Kopf-Einkommen ... niedriger liegt, zunächst mit höheren Raten wachsen.“ /3/

Die Illusion einer erreichbaren *β-Konvergenz* der Länder der EWU erwies sich als schweres Vorurteil. Unterstellt wurden hierfür die "... relative restriktiven Annahmen einer Entlohnung nach dem Grenzprodukt, das Vorliegen konstanter Skalenerträge, der vollen Flexibilität der Faktorpreise (nach oben und unten), einer unbegrenzten Mobilität der Produktionsfaktoren und eines freien Zugangs zu den Produktionstechnologien.“ /4/ Diese Vorbedingungen traten jedoch nicht ein. Im Gegenteil. Daher gewannen jene Faktoren die Oberhand in der EWU, die zu einer Verschärfung der Einkommensdivergenzen auf der Basis regionaler Konzentrationsprozesse führten.

Die *Divergenzen* stiegen an, weil „die ökonomisch stärkeren Regionen im Zuge der Integration ihren ökonomischen Vorsprung ausbauen, indem sie sich auf Produkte mit hohem technologischen Input und hoher Wertschöpfung spezialisieren, bei deren Produktion Skalenerträge und positive externe Effekte anfallen.“ (ebda., S. 28) Diese Divergenzen zielen oder tendieren nach Ansicht der EWU-Kritiker auf einen fortschreitenden Verfall der EWU, oder alternativ auf einen neuen überstaatlichen Regulationsmechanismus, der die unbedingte *β-Konvergenz* in der EWU längerfristig erzwingt.

Warnungen wegen Komplexität des Krisen-Problems

Nunmehr soll durch einige beispielhaft zitierte Autoren die umstrittene Sichtweise auf die Euro-Krise weiter verdeutlicht werden.

Bereits 1992 verwies das *Bundesministerium für Wirtschaft (MWi)* offiziell darauf, dass „in der Währungsunion der Ausgleich von wirtschaftlichen Ungleichgewichten und

3 Ohr/Theurl (Hrsg.), „Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik“, 2001, S. 31

4 Ohr/Theurl (Hrsg.), Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik“, 2001, Verlag Vahlen, S. 27.

Schocks ... vor allem durch eine strikte Lohndisziplin und konsequente Stabilitätspolitik“ abgefedert werden müssen. „Eine verstärkte Flexibilität ist sowohl hinsichtlich des Lohnniveaus der wirtschaftlich schwächeren Regionen in der EG als auch hinsichtlich leistungsbezogener Lohndifferenzierung in den Unternehmen erforderlich, um die weggefallene Flexibilität der Wechselkurse auszugleichen.“ /5/

Glawe/Schröder kamen 1997 zu der Schlussfolgerung: „Die überregionalen Umverteilungen würden sich zu einer Nivellierung des Lebensstandards ohne realwirtschaftliche Konvergenz erschöpfen und zu einer Dauereinrichtung werden.“ /6/ Die negativen Wirkungen der angestrebten Währungsunion wurden dabei in den Richtungen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, der Umweltpolitik, der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der interregionalen Arbeitsteilung sowie bezüglich der Rolle der Gewerkschaften schlaglichtartig in den Grundtendenzen erhellt. (S. 60-70)

Diese – auch von anderen Autoren ausgesprochene – Voraussagen haben sich inzwischen dramatisch bestätigt.

Neuerdings geht man sogar in der Bundesregierung davon aus, dass noch für eine lange Übergangszeit die überregionale Umverteilung mit *überstaatlichen* Transferleistungen in der EWU notwendig sein wird. Solche Erwartungen sind jedoch keineswegs mit der gesicherten Überzeugung der Politik verbunden, künftig die wichtigsten regionalwirtschaftlichen Konvergenzprozesse der EWU auf dem Niveau *niedrigster Lohnstückkosten erfolgreich zu bewältigen*.

Solche Transferleistungen innerhalb der EWU-Länder sind der Ausdruck einseitiger, differenzierter *Überakkumulation* nationaler Kapitale, die sich realwirtschaftlich nicht ausgleichen können und damit die immanente Ursache für ökonomische Ungleichgewichte im Außenhandel bilden. /7/ Diese Exportüberschüsse „starker“ Länder bzw. Exportdefizite „schwacher“ Länder bilden somit den „Motor“ sowie Dreh- und Angelpunkt der sich verfestigenden staatlichen Finanzkrise in der EWU, die durch die extreme profitorientierte Bankenpraxis innerhalb der EU noch zusätzlich verfestigt werden. (Vergl. u. a. *Hickel, Rudolf*, „Zerschlagt die Banken“, wo die Herauslösung der Investmentgeschäfte aus dem kreditären Bankensystem begründet und nachdrücklich gefordert wird.)

Joachim Jahnke /8/ weist darauf hin, dass mit *allen* Ländern „der kumulierte deutsche Leistungsbilanzüberschuß von 26 Mrd. Euro im Jahre 2000 über 445 Mrd. Euro im Jahre 2007 auf noch 758 Mrd. Euro im 2. Halbjahr 2012“ anstieg. (S. 44, Grafik S. 49) Das Leistungsbilanzdefizit allein von Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Griechenland mit Deutschland erreichte hiernach 2009 die kumulierte Höhe von ca. 600 Mrd. Euro. (Grafik S. 47)

Heiner Flassbeck bemerkt daher: „Ohne die Droge Exportüberschuss hat Deutschland kein plausibles Wirtschaftsmodell“. /9/ Flassbeck kritisiert massiv den SVR für Wirtschaft, der in seinem letzten Jahresgutachten (2012/13) diese Funktion des

5 BMWi, Studien-Reihe Nr. 79, S. 4 ff.

6 Glawe/Schröder, „Der Euro und die Idee Europa“, 1997, S. 60

7 Bischoff, Joachim, „Die Herrschaft der Finanzmärkte“. 2012, S. 52

8 Jahnke, Joachim, „Euro – Die unmögliche Währung“, 2012

9 Flassbeck, Heiner, FDT vom 20.11.2012

deutschen Exportüberschusses glatt ignorierte.

Dies ist kein Zufall: Anwachsene Exportüberschüsse sind nicht nur Ursache, sondern gleichzeitig auch die Folge einseitiger finanzieller Kapitalakkumulation – eine sich selbst nährenden Quelle der globalen *Finanzdesasters zur Durchsetzung krasser relativer und absoluter Verarmung der „unteren Schichten“ in der EWU*. Dies geschieht insbesondere über die kreditgebenden Banken:

Die Höhe des deutschen Außenwirtschaftsüberschusses mit den Krisenländern wird seit 2011 zusätzlich durch das rapide wachsende Forderungskonto der Bundesbank gegenüber diesen Ländern überschritten. Diese *Target-2-Kredite* (ca. 490 Mrd. Euro) bilden eine permanente Quelle der Abschöpfung von Einkommen in den Schuldnerländern. /10/

Hans-Werner Sinn beleuchtete speziell die Rolle der Target-2-Kredite und der daraus erzielten Einkommen in den Euro-Krisenländern. Er warnte vor unlogischen Schlüssen: „Man kann entweder (in den Krisenländern) den Kapitalimport und das Leistungsbilanzdefizit gemeinsam vergrößern, oder man kann beide Größen gemeinsam senken, aber man kann nicht das eine vergrößern und das andere verkleinern. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.“ /11/ Dies weist u.a. darauf hin, wie problematisch die „Rückkopplung“ der Finanzmarkt- zur Realwirtschaft bei finanziellen *Auslandshilfen* im Grunde ist.

Zur „Rückkopplung“ der Finanzmärkte mit der realen Außenwirtschaft

Damit wird auch deutlicher, wie stark die *künftige Vermeidung von einseitig „zu starken“ nationalen Exportüberschüssen von einer effektiven Steuerung eines hinreichenden Ausgleichs des nationalen Außenhandels als Teil der Realwirtschaft in der EUW und EU abhängig ist*. Der Abbau von Haushaltsdefiziten, von Investitionsdefiziten, Infrastrukturdefiziten und partiellen Einkommensdefiziten basiert auf einem Abbau von „übermäßigen“ Handelsbilanzdefiziten in regionaler und staatlicher-überregionaler Dimension. Die Unterscheidung von tolerablen und übermäßigen Defiziten in den Leistungsbilanzen, wie sie tatsächlich in EWU-Konzepten vorgesehen ist, dürfte jedoch zu neuen Streitfragen führen. Hiervon abgesehen: Die Schlüsselfunktion hierzu hat eine *Angleichung* der nationalen Lohnstückkostenniveaus, die das Konsumtionsniveau und das finanzielle Akkumulationsniveau der Realwirtschaften in beteiligten Ländern zielführend bestimmen können..

Damit wäre gleichsam *visionär* der Kern einer „Wirtschafts- und Transferunion“ mit starken nationaler Einschränkungen der regionalen Eigenständigkeiten zu schaffen, die auf eine generelle Änderung des bisherigen EU- und EWU-Vertrages hinausläuft.

10 Jahnke, Joachim, a.a.O., S. 124 (Grafik 16789)

11 Sinn, Hans-Werner, „Die Target-Falle“, 2012, S. 70

Die EU-Kommission zur zukünftigen Lösung der „systemischen Krise“ in der EU

Die nachstehende Variante der EU-Kommission zur Lösung der systemischen Krise soll nun ein Bild der zukünftigen EWU skizzieren, wie sie sich die führenden Exponenten der europäischen Einheit derzeit vorstellen:

„Die Barroso-Blaupause in Kürze gemäß der Zusammenfassung ([hier](#)) /¹²/:

Phase I (1 ½ Jahre):

- Einführung eines Eurozonen-Budget, dessen Zahlungen an „Strukturanpassungsmaßnahmen“ geknüpft ist, die in Form von Verträgen zwischen Kommission und den Mitgliedstaaten niedergelegt werden. Dieser Vertragstypus soll den Titel „Konvergenz- und Wettbewerbsinstrument“ tragen; Gründung einer Bankenaufsicht und Bankenabwicklungsregelung für die Währungsunion (Bankenunion); gemeinsamer Sitz der Eurozone in G7, IWF und G20?

Phase II (18 Monate bis 5 Jahre):

- vertiefte Koordination in den Bereichen Steuern und Arbeitsmärkte, insbesondere Arbeitskräftemobilität; das Eurozonen-Budget soll aufgestockt werden und sich aus einer eigenen Eurozonen-Steuern speisen; Einführung eines Schuldentilgungsfonds (wie ihn der Deutsche Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen vorgeschlagen hat), welcher mit einer strikteren Kontrolle der nationalstaatlichen Haushalte gekoppelt sein soll; Einführung von Eurobills mit einer 1 bis 2-jährigen Laufzeit. Angesichts dieser engeren haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordination erwartet die Kommission für die Phase II die Notwendigkeit einer Änderung der EU-Verträge, insbesondere auch für den Fall des Schuldentilgungsfonds.

Phase III (nach 5 Jahren):

- vollständige Etablierung der „Wirtschafts- und Währungsunion“ bestehend aus a.) der Bankenunion, b.) der Fiskalunion und c.) der Wirtschaftsunion. Hinzukommen soll dann als viertes Element „eine angemessene demokratische Legitimation und Rechenschaft“. Dieser letzte Schritt würde eine fundamentale Veränderung der EU-Verträge mit sich bringen.

Zum Thema „demokratische Legitimation und Rechenschaft“ schlägt die EU-Kommission vor, dass kurzfristig das Europäische Parlament stärker in die Diskussionen mit einbezogen wird; für den Fall einer Vertragsänderung, das Parlaments stärker in Entscheidungen mit einbezogen werden; durch die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofs, die Legitimität der EU gestärkt

12 <http://transeurope.wordpress.com/2012/12/05/barrosos-5-jahresplan-fuer-das-staatsprojekt-eurozone/>

werden könne.“ (Zitatende)

Dieses Konzept offenbart, dass bis Phase II lediglich finanzpolitische und fiskalische Elemente in die „vertiefe Koordination“ in den Bereichen Steuern und Arbeitsmärkte auf der Basis einer vorangehenden Bankenunion angestrebt werden. Die Rückwirkungen (Mechanismen, Tendenzen) auf die Realwirtschaft dagegen sind in Phase II nicht *strukturell* sichtbar gemacht.

Die geplante Konzeption zur „Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte“ (VMU) in der EU-Kommission wird durch den deutschen SVR für Wirtschaft als unfertig bzw. fragwürdig kritisiert und diskutiert. „Zudem stehen die Ursachen von makroökonomischen Ungleichgewichten nur bedingt unter der Kontrolle der Mitgliedsstaaten ...“¹³“Die Ungleichgewichte sind auf sehr unterschiedliche Ursachenkomplexe zurückzuführen.“ /13/

Deswegen ist die folgende Phase III in dem Punkt c) Wirtschaftsunion zunächst rein deklarativ zu interpretieren, deren weitere Ausgestaltung vorerst in den nächsten Jahren der Phase II noch offen bleibt.

Dies nährt den Verdacht, dass das Barroso-Konzept vorrangig die Interessen der Finanzoligarchie bedient, jedoch die differenzierten, teilweise schwerwiegenden Folgen für die Realwirtschaft und die drohenden Minderungen der unteren Masseneinkommen zunächst offen lässt.

Die Zukunft der EU wird im Strudel der widerstrebenden Interessen der nationalen Meinungsverschiedenheiten auf die mächtigsten oder zähesten Potenziale der eigenen und internationalen Finanzoligarchie stoßen, die den gegenwärtigen Status des Krisen-Euro als das „kleinere Übel“ betrachten oder retten wollen, um ihre großregionalen Vorteilspositionen und einseitigen Finanzierungsquellen möglichst lange zu konservieren.

Die neoliberale Perspektive

Der Euro-Kritiker *John Newhouse* behauptete 1997: „Es ist unwahrscheinlich, dass sich Europa oder ein beträchtlicher Teil davon zu einer politischen Einheit entwickelt, die in der Lage sein wird, gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Alle Versuche, sich über die politischen Toleranzgrenzen der einzelnen Länder hinwegzusetzen, sind unrealistisch und unpopulär.“ /14/

Den jetzigen Vollstreckern falscher Propheten des Euro-Zeitalters bleibt nun nichts mehr übrig, als mit allen „zulässigen“ bzw. noch „systemgerechten“ Mitteln das widersprüchliche „Euro-System“ zu reparieren und den desaströsen Aufwand dafür auf „alle einfachen Bürger“ zu verteilen. Der willkommene Zuwachs an Billiglohnarbeitern durch die Öffnung aller Schleusen der Immigration führt zu der zielgerichteten Senkung des Durchschnittseinkommens auf dem EU-Arbeitsmarkt, die die Exportoffensive weiter vorantreibt.

13 SVR, Jahresgutachten 2012/2013, S. 141

14 Newhouse, John, „Sackgasse Europa usw.“, S 328/329

Dieser „soziale Massenmord“ im gesamte EWU-Sektor rettet vor einer eigenen „Selbstentmachtung“ der herrschenden EU-Finanzoligarchie. Die Pläne zur EU-Bankenaufsicht, die ab 2014 wirksam werden sollen, sichern vorerst nur das weitere Funktionieren des *kreditären* Finanzsystems.

Die vorgesehenen Reformen in der EU-Kommission haben bislang die inneren Streitigkeiten der Länder bzw. Regierung noch nicht überwunden. Der SVR für Wirtschaft hat dazu eine sehr ausführliche Analyse und Bewertung veröffentlicht, die sich auf alle Teilbereiche und -funktionen der Reformpakete beziehen. /15/ Hier werden nacheinander die „Sixpack-Reformen“, der „Euro-Plus-Pakt“, der „Fiskalvertrag“ und die „Twopack-Reformen“ mit ihren relevanten Problemfeldern bewertet.

Es kann unterstellt werden, dass dieses Konglomerat von Reform-Maßnahmen, Kriterien und Entscheidungen die Mehrheit der nationalen Politiker in den Parlamenten intellektuell überfordern würde und selbst von Spezialisten kaum beherrschbar ist.

Die gewerkschaftliche Perspektiv-Alternative

Die vernünftige Alternative hierzu kommt von gänzlich anderen Positionen, wie z. B. von kritischen Köpfen der Gewerkschaften. Unter dem Motto „*Ein Marschallplan für Europa*“ plädiert der DGB-Bundesvorstand für eine politische Wende in Europa wie folgt:

„Insgesamt 2,6 Billionen Euro sollen in den nächsten zehn Jahren für ein Investitions- und Aufbauprogramm ausgegeben werden. Für eine europäische Energiewende, für Bildung und Ausbildung, für einen nachhaltige und altersgerechte Infrastruktur und Versorgung. Das macht Europa zukunftsfähig und schafft bis zu elf Millionen Arbeitsplätze... Dies ist gleichzeitig ein Weg, Anlage suchendes Kapital in Europa von den Finanzmärkten in reale Investitionen umzulenken.“ /16/

Ohne die breite und offensive gewerkschaftliche Mobilisierung, die zur Realisierung hierfür erforderlich wäre, bliebe dieses Ziel zunächst nur eine „optimistische Vision“.

15 SVR, „Jahresgutachten 2012/2013“, S. 117-149

16 Ver.di, „Wirtschaftspolitik aktuell“, Nr. 20, Dezember 2012, im Internet unter „<http://www.dgb.de/themen/++CO++985b632e-407e11e2-b652-00188b4dc422>“ „http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitik_aktuell/data/20-12-Marshallplan.pdf“

Literaturauswahl:

1. Literaturauswahl zur Euro-Krise (für 2009 bis 2012):

- Bischoff, Joachim, „Die Herrschaft der Finanzmärkte, Politische Ökonomie der Schuldenkrise“, 2012, 228 Seiten, VSA
- Dill, Alexander, „Der große Raubzug. Wie im Windschatten der Weltfinanzkrise die Staatskassen geplündert werden“, 2009, 237 Seiten, Finanzbuch Verlag
- Flassbeck, Heiner, „Der Export-Junkie hängt weiter an der Nadel. Warum beim Sachverständigenrat die deutschen Exportüberschüsse unter den Tisch fallen“, 2 Seiten, in: FDT, 20.11.2012
- Hannich, Günter, „Die kommende Euro-Katastrophe. Ein Finanzsystem vor dem Bankrott?“, 2009, 207 Seiten, FinanzBuch Verlag
- Heine/Herr, „Die Europäische Zentralbank. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB“, 2004, 234 Seiten, Metropolis
- Hickel, Rudolf, „Zerschlagt die Banken, zivilisiert die Finanzmärkte. Eine Streitschrift“, Dritte Auflage 2012, 224 Seiten, Econ
- Jahnke, Joachim, „Euro – Die unmögliche Währung“, 135 Seiten, 2012, Shaker Media
- Leibiger, Jürgen, „Bankrotteure bitten zur Kasse. Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung“, 2011, 274 Seiten, PapyRossa
- Otte, Max, „Stoppt das Euro-Desaster“, 2011, 47 Seiten, ullstein Streitschrift
- Priewe, Jan, „Die Weltwirtschaft im Ungleichgewicht. Ursachen, Gefahren, Korrekturen“, Juni 2011, 99 Seiten, WISO-Diskurs“ Friedrich Ebert Stiftung
- Vogl, Joseph, „Das Gespenst des Kapitals“, Zweite Auflage 2010/2011, 223 Seiten, diaphanes Zürich
- Sinn, Hans-Werner, „Die Targetfalle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“, 2012, 417 Seiten, Hanser
- Sohn, Manfred, „Hat das System einen Fehler oder ist es der Fehler? Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von links“, 2009, 99 Seiten, Pahl-Rugenstein
- Soros, George, „Die Analyse der Finanzkrise ... und was sie bedeutet – weltweit“, 2009, 140 Seiten, FinanzBuch Verlag
- Zeise, Lucas, „Ende der Party. Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft“, Aktualisierte und ergänzte Neuauflage, 2009, 206 Seiten, PapyRossa
- Zeise, Lucas, „Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus. Versuch über die politische Ökonomie des Finanzssektors“, Zweite Auflage 2011, 192 Seiten, PapyRossa

Zeise, Lucas, „Euroland wird abgebrannt. Profiteure, Opfer, Alternativen“, 2012, 142 Seiten, PapyRossa

2. Ergänzende ältere Literatur zur Euro-und Finanzkrise (für 1991 bis 2008):

Bischoff, Joachim, „Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen“, 2006, 243 Seiten, VSA

Glawe/Schröder, „Der Euro und die 'Idee Europa'. Katalysator oder Sprengsatz für die europäische Integration?“, 1997, 141 Seiten, VSA

Hankel/Nölling/Schachtschneider/Starbatty, „Die Euro-Illusion. Ist Europa noch zu retten?“, Mai 2001, 245 Seiten, rowohlt taschenbuch

Heise, Arne, „Dreiste Elite. Zur Politischen Ökonomie der Modernisierung“, 2003, 163 Seiten, VSA

Hickel, Rudolf, „Standortwahn und Euro-Angst. Die sieben Irrtümer der deutschen Wirtschaftspolitik“, Mai 1998, 272 Seiten, Rowohlt

Huffschmid, Jörg, „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“, 2002, 286 Seiten, VSA

Jörges, Hans Ulrich (Hrsg.), „Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion?“, 1997, 383 Seiten, campe paperback

Krause, Rolf-Dieter, „Europa auf der Kippe. Vierzehn Argumente gegen den Vertrag von Maastricht“, 1992, 174 Seiten, Heyne München Sachbuch

Newhouse, John, „Sackgasse Europa. Der Euro kommt, die EU zerbricht“, 1997, 367 Seiten, Droemer

Otte, Max, „Der Crash kommt. Die neue Weltwirtschaftskrise und wie Sie sich darauf vorbereiten“, Januar 2008, 316 Seiten, ullstein

Schubert, Alexander, „Der Euro. Die Krise einer Chance“, 1998, 172 Seiten, Suhrkamp

Soros, George, „Das Ende der Finanzmärkte – und deren Zukunft. Die heutige Finanzkrise und was sie bedeutet“, 2008, 174 Seiten, FinanzBuch Verlag

Wagenknecht, Sarah, „Kapitalismus im Koma. Eine sozialistische Diagnose“, 2. Auflage 2003, 160 Seiten, edition ost

3. Literatur zur Globalökonomie, zur Staatsverschuldung (allgemein), und zur EZB-Geldordnung:

Aglietta, Michel, „Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand“, 2000, 143 Seiten, VSA

- Alt Vater, Elmar, „Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik“, 2005, 240 Seiten, Westfälisches Dampfboot
- Alt Vater/Bischoff/Hickel u.a., „Krisen Analysen, 2009, 145 Seiten, VSA
- Bischoff, Joachim, „Die globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die 'neue Fesselung' des Kapitals“, 2008, 94 Seiten, VSA-rls
- Flassbeck, Heiner, „Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert“, 2. Auflage 2009, 263 Seiten, WESTEND
- George/Hengsbach u.a. , „Globalisierung oder Gerechtigkeit. Politische Gestaltung und soziale Grundwerte“, 2003, 158 Seiten, VSA
- Grandt, Michael, „Der Staatsbankrott kommt! Hintergründe, die man kennen muss“, 2010, 284 Seiten, Jochen KOPP
- Hank, Rainer, „Der amerikanische Virus. Wie verhindern wir den nächsten Crash?“, 2009, 239 Seiten, Blessing
- Hannich, Günter, „Staatsbankrott. Wann kommt die nächste Währungsreform?“, Zweite Auflage 2006, 186 Seiten, Jochen KOPP
- Heilbronner, Robert, „Kapitalismus im 21. Jahrhundert“, 1994, 160 Seiten, HANSER
- Huber, Joseph, „Monetäre Modernisierung, Die Zukunft der Geldordnung“, 2010, 186 Seiten, Metropolis
- Konrad/Zschäpitz, „Schulden ohne Sühne? Warum der Absturz der Staatsfinanzen uns alle trifft“, 2010, 240 Seiten, C. H. Beck
- Leibiger, Jürgen, „Reclaim the Budget. Staatsfinanzen reformieren. Einführung in eine alternative Finanzpolitik“, 2010, 478 Seiten, PapyRossa
- Meyer, Dieter, „Die Schuldenfalle. Staatsverschuldung von 1965 – 2025“, 2003, 146 Seiten, PinkVoss
- Münchau, Wolfgang, „Kernschmelze im Finanzsystem“, 2008, 240 Seiten, HANSER
- Reich, Robert, „Super-Kapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt.“, 2007, 326 Seiten, campus
- Roubini/Mihm, „Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft. Crisis Economics“, 2010, 470 Seiten, Campus
- Schäfer, Ulrich, „Der Crash des Kapitalismus. Warum die entfesselte Marktwirtschaft scheiterte“, 2009, 326 Seiten, campus
- Stiglitz, Joseph, „Die Schatten der Globalisierung“, 2002, 304 Seiten, SIEDLER
- Zinn, Karl Georg, „Zukunftswissen. Die nächsten zehn Jahre im Blick der Politischen Ökonomie“. 2002, 143 Seiten, VSA

4. Aus Lehrbüchern und offiziellen Forschungsberichten:

BMWi, „Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)“, Studien-Reihe Nr. 79, 1992

Krugman/Obstfeld, „Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft“, 2004, 963 Seiten, PEARSON

Ohr/Theurl (Hrsg.), „Kompendium Europäische Wirtschaftspolitik“, 2001, 585 Seiten, Verlag Vahlen

SVR für Wirtschaft, „Jahresgutachten 2012/2013“, Kapitel 2 und 3

de la Motte/Czernomoriez/Clemens, „Zur Vertrauensökonomik – Der Interbankenmarkt in der Krise von 2007-2009“, 2010, Universität Potsdam, Forschungsbericht Nr. 0110, 118 Seiten

Dezember 2012